

Ein Diskussionsbeitrag zum Bildungsprogramm der SPD Niedersachsen „Zukunft der Bildung“

Die aktuelle Entwicklung der europäischen Bildungslandschaft im Blick

Von Dietmar Seeck

Es ist aus erziehungswissenschaftlicher Sicht positiv zu vermerken, dass die SPD mit ihrem bildungspolitischen Programm für Niedersachsen an ihre reformpädagogischen Vorstellungen aus der Zeit der Weimarer Republik und die Bildungsreformphase Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts anknüpft und dabei die aktuelle Entwicklung der europäischen Bildungslandschaft und die Entwicklung in Deutschland - Niedersachsen - mit berücksichtigt. Sie leitet damit einen paradigmatischen Wechsel ihrer bisherigen Bildungspolitik für Niedersachsen ein.

Hervorzuheben ist, dass der Versuch gemacht wird, nach der Reform der Hochschulausbildung im Zuges der „Bologna Erklärung von 1999“, die die Einrichtung eines europäischen Hochschulraumes bis 2010 mit kompatiblen Bachelor- und Masterabschlüssen vorsieht, den Bereich der Elementarbildung, Schul- und Berufsschulausbildung anschlussfähig zu gestalten. Die auf dieser Basis entwickelten Perspektiven für eine Bildungspolitik in Niedersachsen sind unterstützungswürdig.

Mit ihrem bildungspolitischen Programm positioniert sich die Landes- SPD in Abgrenzung zu ihrem früheren Ministerpräsidenten S. Gabriel eindeutig gegen die noch weitgehend ständisch und gleichzeitig neoliberal orientierten Bildungsvorstellungen von CDU und FDP.

So ist positiv zu vermerken:

- dass eine demokratische Gesellschaft und Bildung wieder gemeinsam gedacht werden,
- dass die frühkindliche Förderung – Bildung, Erziehung und Betreuung – durch ein wohnortnahes Netz von Einrichtungen einen hohen Stellenwert bekommt und die Pädagogen/innen für die Elementarstufe über ein Hochschulstudium so qualifiziert werden sollen, dass die Kooperation mit dem Primarbereich der „Gemeinsamen Schule“ qualitativ von gleicher Augenhöhe aus gestaltet werden kann,
- an der Grundschule eine offene jahrgangsübergreifende Eingangsstufe eingerichtet werden soll und

- eine gemeinsame Beschulung aller Kinder von der Grundschule bis einschließlich der Sekundarschule I in der „Gemeinsamen Schule“ als Ganztagschule mit integrativem Charakter angestrebt wird, und die jetzigen Förderschulen Teil der „Gemeinsamen Schulen“ werden sollen.
- Die Bildungsgerechtigkeit soll durch das gemeinsame Lernen und die individuelle Ausrichtung gefördert werden.
- Auf die Sekundarstufe soll eine modernisierte Sekundarstufe II mit differenzierten beruflichen und allgemein bildenden Oberstufenangeboten folgen, die sowohl berufliche Abschlüsse bzw. Zugangsberechtigungen für die Hochschulen vergibt.
- Der Hochschulausbildung, Wissenschaft und Forschung eine hohe Bedeutung zugemessen wird.

Bedauerlich ist, dass die „Gemeinsame Schule“ zuerst nur als gleichberechtigte Regelschule in den Katalog der allgemein bildenden Schulformen aufgenommen werden soll und aus Sorge vor den herrschenden gesellschaftlich-politischen Tendenzen und der erwarteten negativen Medienoffensive kein klares Bekenntnis zur „Gemeinsamen Schule“ als einzige flächendeckende Schulform bis zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen wird. Angedacht ist stattdessen, dass bis 2013 wohnortnah eine „Gemeinsame Schule“ erreichbar sein muss, die auch zweizügig sein kann.

Es ist für eine Übergangszeit geplant, dass die Eltern nach der vierten Klasse der Grundschule frei entscheiden auf welche Schulform sie ihre Kinder schicken. Die Kinder dürfen bei schlechten Schulleistungen nicht auf andere Schulformen nach unten abgeschoben werden, d.h. die Schulen sollen in ihrer schulpädagogischen Arbeit dazu verpflichtet werden, Prinzipien der gemeinsamen Schule zu verwirklichen.

Dieses Nebeneinander von dreigliedrigem Schulsystem und „Gemeinsamer Schule“ und die Hoffnung, dass das bessere, weil humanere und demokratischere und auch leistungsfähigere Schulsystem sich über die Jahre durchsetzt halte ich für fragwürdig. Es sind erhebliche Widerstände von den gesellschaftlichen Gruppen zu erwarten, die sich als „Elite“ verstehen und gegen eine demokratische Schulstruktur, Schul- und Lernkultur voreingenommen sind. Hier sollte eine klare politische Aussage vor der Wahl getroffen werden in der auch die geplanten Übergangsfristen benannt werden. Nur so ist auch bei uns zu erwarten, dass die Essentials der finnischen Bildungsphilosophie bei uns eine Chance erhalten:

Meine Anregungen für die weitere Diskussion des bildungspolitischen Programms der SPD wären folgende:

1. Die „Gemeinsame Schule“ sollte die Jahrgänge 1-9 umfassen. Eine Verkürzung der Schulzeit ist durch die Aufwertung des Elementarbereichs als Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinstitution möglich. Der Begriff Gesamtschule und Einheitsschule hat für viele Bürger, aufgrund der bildungsideologischen Kämpfe der Vergangenheit eine negative Konnotation. Es ist aber notwendig in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass die SPD den Schulbereich so gestalten will, dass die alte ständisch orientierte

Schulstruktur beseitigt wird, und allen Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit gewährt werden kann. Wie in Polen, die zwischen 1999 und 2005 ihre Schulstruktur grundlegend verändert haben, sollte für den neuen Schultypus ein Name gewählt werden, der signalisiert, dass die SPD für die nachwachsenden Generationen in einer demokratischen Gesellschaft die bestmögliche Schulausbildung anstrebt. D.h. in der Öffentlichkeit muss verdeutlicht werden, dass die „Gemeinsame Schule“ den Charakter eines Gymnasiums für alle haben soll, die bestmögliche Bildung für jedes/n Kind/Jugendlichen durch die Entwicklung seiner Fähigkeiten.

2. Der Elementarbereich und die ersten vier Klassen der „Gemeinsamen Schule“ sollten wohnortnah gestaltet werden. Nur so ist eine enge Verzahnung möglich.

Kinderkrippen und Krabbelgruppen werden für die 0-2 Jährigen vorgehalten, sie sollten auch zusammen mit Einrichtungen des Elementarbereichs geführt werden können. Es besteht ein Rechtsanspruch und der Besuch ist kostenfrei.

Es scheint so zu sein, dass die SPD bis 2010 einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz und einen Platz in der Krabbelgruppe gewährleisten will.

Der Elementarbereich/Vorschule – Bildung, Erziehung und Betreuung – sollte für die Kinder ab dem dritten Lebensjahr freiwillig und ab 5. Lebensjahr verpflichtend eingerichtet werden.

Der Elementarbereich muss eine qualitativ gute Bildungsarbeit ermöglichen. Bei Berücksichtigung der Erkenntnisse von Erziehungswissenschaften, Psychologie und Neurobiologie - dass Lernen in der frühkindlichen Phase nur gelingen kann, wenn emotionale Sicherheit und Zuwendung erfahren wird – sind für eine Gruppengröße von ca. 15 Kindern mindestens zwei Fachkräfte notwendig. Unter diesen Bedingungen, bei zusätzlicher Hilfestellung durch Therapeuten/innen und Psychologen/innen kann der Elementarbereich auch integrative Bildungsarbeit leisten. In den Orten und Stadtteilen, in denen viele Kinder mit Migrationshintergrund die Bildungseinrichtungen des Elementarbereichs besuchen, sollte neben der deutschen Sprache, dem muttersprachlichen Sprachgebrauch Bedeutung zukommen. Da dieser Bereich auch zum Bildungsbereich gehört, sollte der Besuch kostenfrei und freiwillig sein. Nach einer Übergangsfrist sollte sukzessive ab dem 3. Lebensjahr der Besuch verpflichtend werden.

Die SPD plant ein Kindergartenjahr kostenfrei zu gestalten.

Durch die enge Kooperation zwischen dem Elementarbereich und dem Primarbereich würde auch ein Eintritt aller fünfjährigen Kinder in den Primarschulbereich der „Gemeinsamen Schule“ keine Probleme bereiten.



3. Auf die „Gemeinsame Schule“ für alle sollte die Kollegstufe - 4 bis 6 Semester oder 6 bis 9 Trimester – folgen. Sie ermöglicht die Hochschulreife oder führt über ein Berufskolleg zur Hochschulreife oder zum Beruf.

Nach dem Besuch der „Gemeinsamen Schule“ gehen die Jugendlichen in die Kollegstufe. Je nach Abschluss würde diese über ein Studienkolleg nach 4 bis sechs Semestern zur Hochschulreife oder über ein Berufskolleg zum Beruf und/oder zur Hochschulreife führen, d.h. sowohl am Studienkolleg wie am Berufskolleg wird die Möglichkeit geboten die Hochschulreife abzulegen.

Ziel des Studienkollegs ist die Studierfähigkeit; deshalb sind auch die Inhalte so ausgerichtet, dass die entsprechenden fachbezogenen und bereichsübergreifenden Kompetenzen vermittelt werden.
 Am Berufskolleg werden praktische und theoretische Kompetenzen vermittelt. Die Abschlussprüfung berechtigt zur Berufsausübung.

4. Eine Kommunalisierung der Schulen erscheint nur dann sinnvoll, wenn die materielle Absicherung der Schulen in strukturschwachen Regionen von der Landespolitik gewährleistet werden kann. Auch in Schweden hat die Kommunalisierung der Schulen zu Ungleichgewichten geführt. Es müsste darauf geachtet werden, dass die demokratische Verfasstheit der Schulen erhalten bleibt und die Schulen nicht als Wirtschaftsbetrieb gesehen werden. Die Orientierung, bei der inneren Organisation der Schule, am New Public Management Diskurs und dem Managerialismus – marktförmige Prinzipien führen zu Rationalitätssteigerungen, Handlungskoordination erfolgt auf der Basis operationalisierbarer Zielformulierungen und die Ergebniskontrolle auf der Basis quantifizierbarer Parameter – führt nur dazu, dass die pädagogische Professionalität fremdbestimmt wird.

Modell

Alter	Lernort		Klasse	Bemerkungen
	Hochschule BA/MA	Hochschule BA/MA		
				
				Ziel: Studierfähigkeit
18	Hochschulreife	Berufsabschluss evt. mit Hochschulreife	1- 2 Sem.	bei Bedarf
17 16	Kolleg	Kolleg	2 Sem .2 Sem.	Abschluss: Hochschulreife oder berufliche Qualifikationen
14 -15	allgemeinbildendes Profil	berufsbildendes Profil	9	Profilbildung: Abschluss: Sek.I Kollegstufenreife
13	„Gemeinsame Schule“ (Klasse 1 - 9) Sekundarstufe Klasse 5 - 9 und Primarbereichbereich (Klasse 1 – 4)		8	
12			7	Wahlpflichtbereiche
11			6	
10			5	2. Fremdsprache
9			4	
8			3	1. Fremdsprache (Engl.)
7			2	
6			1	Flexible Schuleingangsphase mit 5 oder 6 Jahren -

5	Elementarbereich - Bildung, Erziehung und Betreuung - Kostenfrei, ab dem 3 Lebensjahr verpflichtend und in enger Kooperation mit dem Grundschulbereich zu gestalten		verpflichtender und kostenfreier	
4			Besuch ab dem 3 Lebensjahr nach einer Übergangsfrist verpflichtend	
3				
2		Kinderkrippe und Krabbelgruppen , der Besuch ist kostenfrei		
1				

5. Fachhochschulen sind mit den Universitäten zu einer gemeinsamen Hochschule zusammen zu führen.

Der Bologna Prozess zur Schaffung eines „Europäischen Hochschul-Raums“ mit Bachelor- und Masterstudiengängen macht es notwendig, dass die Vorzüge der Universität und der Fachhochschule miteinander kombiniert werden. Es kann durch die Zusammenführung der Stärken der bisher getrennten Modelle des alten Systems, dieses zum Nutzen der Studierenden überwunden werden. Bei allen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, zeigt die Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen den richtigen Weg für eine zukunftsorientierte Entwicklung des Hochschulwesens in Deutschland. Die SPD sollte offensiv diesen Weg forcieren. Wo dieses nicht möglich ist, sind Fachhochschulen zu Hochschulen mit Promotionsrecht umzugestalten.

6. Der Elementarbereich ist so zu entwickeln, dass dort Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder von hoch qualifiziertem Fachpersonal gestaltet wird. Deshalb ist die Ausbildung aller Pädagogen/innen für den Elementar- und Schulbereich als Hochschulstudium BA/MA mit einem gemeinsamen Grundstudium im Rahmen der Lehrerbildung zu gestalten. Die PISA-Studien haben deutlich gemacht, dass die Kindergärten in Deutschland in der Regel stärker betreuen und verwahren aber zu wenig bilden und erziehen. Es kommt nach Baumert (deutscher PISA-Koordinator MPI) zu einem mehrjährigen akkumulativen Wissensverlust. „Dieser Wissensverlust beginnt als „Verzug“ im frühkindlichen Bereich und bewirkt das Versäumen der Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn.

Der Elementarbereich als Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbereich verlangt eine sehr qualifizierte Ausbildung für die dort tätigen Pädagogen/innen. Der Beruf der Erzieher/innen ist als akademischer Bildungsberuf weiterzuentwickeln, anzuerkennen und entsprechend gleichwertig zu bezahlen. Die SPD sollte deshalb in ihrem bildungspolitischen Programm konsequenter die Akademisierung der Ausbildung der Pädagogen/innen für den Elementarbereich konzipieren. Die Hochschulausbildung aller Pädagogen/innen (Lehrer/Lehrerinnen) für den Elementar- und Schulbereich sollte ein gemeinsames Grundstudium haben, das stark erziehungswissenschaftlich ausgerichtet ist und erst im Hauptstudium sollte eine spezifische Schwerpunktsetzung erfolgen.

Die von mir entwickelten Vorstellungen sind als Anregungen gedacht, von Seiten der GEW intensiv die bildungspolitische Diskussion mit der SPD zu begleiten, damit sich bei einem Politikwechsel eine demokratische und zukunftsorientierte Bildungslandschaft für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Niedersachsen entwickeln kann.

Literaturverzeichnis:

http://www.bologna-berlin2003.de/de/national_reports/länderbericht_deu.htm

vom 03.07.2003

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand (Hg.) (2006): Eine Schule für alle, Frankfurt/M.

Hermann U. (Hg.) (1987): „Neue Erziehung“ „Neue Menschen“, Weinheim und Basel

Internationale-Kooperation.de,(2006): Forschung und Bildung, Bildungslandschaft Polen

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, (Nov. 2005): Bildung und Beschäftigung , Bonn

Otto, U. und Schurr St. (2000) (Hg.): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe, Neuwied, Krieffel

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag (2006): Zukunft der Bildung, Perspektiven zur Bildungspolitik in Niedersachsen, Hannover

<http://www.tresselt.de/Schulstruktur.htm> vom 24.032006

Kollege Dietmar Seeck ist Professor an der Fachhochschule Oldenburg, Ostfriesland, Wilhelmshaven